



HESSISCHER LANDTAG

26. 03. 2009

*Dem
Kulturpolitischen Ausschuss
überwiesen*

**Berichts Antrag
der Abg. Habermann, Gnadt, Hofmeyer, Merz,
Dr. Reuter (SPD) und Fraktion
betreffend Zukunft von Schulstandorten und Bildungsgängen bei
zurückgehenden Schülerzahlen**

Wenige Tage nach dem Amtsantritt hat die neue Kultusministerin Dorothea Henzler in der Presse mitgeteilt, dass "Schulschließungen nicht für alle Ewigkeiten auszuschließen seien" (u.a. HNA vom 18. Februar 2009). Das Kultusministerium ließ diese Aussagen unwidersprochen und beschwichtigte, dass dies "langfristige Überlegungen" seien.

Dennoch bleibt offenkundig, dass die Kultusministerin daran arbeiten wird, kleinere Schulstandorte in der Fläche zu schließen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Mit welchem Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler rechnet die Landesregierung in den einzelnen Schulträgerbezirken bis zum Schuljahresbeginn 2014/2015?
2. In welchem Maße sieht die Landesregierung die einzelnen Schulträgerbezirke von den Auswirkungen des demografischen Wandels im Hinblick auf die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler betroffen (bitte Reihung angeben)?
3. Hält die Landesregierung an der Aussage der Vorgängerregierung fest, dass alle Grundschulstandorte erhalten bleiben?
4. Beabsichtigt die Landesregierung, in der Novellierung des Schulgesetzes die im vergangenen Jahr abgeschafften Richtwerte zur Klassenbildung oder entsprechende pauschale Verfahren zur Steuerung von Schülerströmen erneut aufzunehmen?
5. Welche Möglichkeiten zum Erhalt insbesondere von kleineren Schulstandorten und Bildungsgängen sieht die Landesregierung bei zurückgehenden Schülerzahlen (z.B. jahrgangsübergreifender Unterricht, Modelle längeren gemeinsamen Lernens, Einsatz von E-Learning)?
6. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung den Beschlüssen der Schulträger zu, wenn es um den Erhalt von Schulstandorten und Bildungsgängen geht?
Werden die Schulträger die Möglichkeit erhalten, ortsbezogene Lösungen für den Erhalt von wohnortnahen Bildungsgängen zu entwickeln und umzusetzen?
7. Welche Schritte plant die Landesregierung, um in Abstimmung mit den Schulträgern in der Fläche jeden Bildungsabschluss erreichbar zu halten?

8. Wie ist im Zusammenhang mit der Bedrohung von Schulstandorten und Bildungsgängen die Aussage zeitlich einzuordnen, es handele sich um "langfristige Überlegungen"? Welche zeitliche Perspektive hat die Landesregierung für diese Überlegungen?
9. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung Schulstandorte oder Bildungsgänge, deren Fortbestehen bereits zum Schuljahr 2009/2010 gefährdet sind?

Wiesbaden, 26. März 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Habermann
Gnadt
Hofmeyer
Merz
Dr. Reuter**